

Copyright Acknowledgment

Publication Information

Hösle, Vittorio. 1989. "Versuch Einer Standort - Und Zielbestimmung Für Aufgaben Der Geistig Politischen Führung". *Herausforderungen Für Die Politik*, 41–63.

This publication is made available in our archive with grateful acknowledgment to the original publisher, who holds the copyright to this work. We extend our sincere appreciation.

The inclusion of this work in our digital archive serves educational and research purposes, supporting the broader academic community's access to the works of Vittorio Hösle.

Terms of Use

Users are reminded that this material remains under copyright protection. Any reproduction, distribution, or commercial use requires explicit permission from the original copyright holder.

We are committed to respecting intellectual property rights and supporting the scholarly publishing ecosystem. If you are the copyright holder and have concerns about this archived material, please contact us immediately.

obj-idealismus-heute.phil2@uni-bamberg.de

Herausforderungen für die Politik

von

Holger Bonus

Vittorio Hösle

Joseph Rojan

Alfred Grosser

Hermann Lübke

Wolfgang Schäuble



C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung
München 1989

DD
260,5
. H47
1989

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Herausforderungen für die Politik / von Holger Bonus . . . –
München : Beck, 1989

(Perspektiven und Orientierungen ; Bd. 6)

ISBN 3-406-33609-4

NE: Bonus, Holger [Mitverf.]; GT

ISBN 3 406 33609 4

© C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung (Oskar Beck) München 1989

Satz: Fotosatz Otto Gutfreund Darmstadt

Druck: C. H. Beck'sche Buchdruckerei Nördlingen

INHALTSVERZEICHNIS

| | |
|--|-----|
| <i>Holger Bonus</i> | |
| Menschengerechte Politik in einer abstrakten Welt | 1 |
| <i>Alfred Grosser</i> | |
| Zu den geistigen Richtlinien der Politik in der Bundesrepublik . . . | 21 |
| <i>Vittorio Hösle</i> | |
| Versuch einer Standort- und Zielbestimmung für Aufgaben der geistig-politischen Führung | 41 |
| <i>Hermann Lübbe</i> | |
| Modernität als kulturelle Herausforderung | 65 |
| <i>Joseph Rovin</i> | |
| Die neue Weltlage, Westeuropa und die Bundesrepublik Deutschland | 89 |
| <i>Wolfgang Schäuble</i> | |
| Politik als geistiges Orientierungsangebot? | 115 |
| Anmerkungen | 133 |
| Die Autoren dieses Bandes | 135 |

VITTORIO HÖSLE

Versuch einer Standort- und Zielbestimmung für Aufgaben der geistig-politischen Führung

Wer zum *Problem der geistig-politischen Führung* eine Expertise zu schreiben unternimmt, hat sich verschiedenen Fragen zu stellen. Zunächst ist der Begriff der geistig-politischen Führung selbst klärungsbedürftig. Was ist mit ihm gemeint? Und kann die Regierung eines nicht totalitären Staates überhaupt legitimerweise den Anspruch erheben, an dem komplexen Prozeß geistiger Führung teilzuhaben? Auf welche Weise und innerhalb welchen Rahmens? Und selbst wenn man jene Frage bejaht und die Grenzen staatlicher Mitwirkung an diesem Prozeß genau zu ziehen vermag – welche *Inhalte* soll sich die geistig-politische Führung in der gegenwärtigen Situation vorsetzen? Was sind *Ziele, die an der Zeit sind*? Um dieses Problem zu lösen, ist einerseits *eine normative Grundlage* erforderlich, von der aus überhaupt begründete Werturteile gefällt werden können; ein die Politik transzendierendes Fundament ist unabdingbar, um über die Legitimität politischer Ziele zu entscheiden. Andererseits kann es Ziele geben, deren Verwirklichung an sich durchaus wünschenswert ist, die aber in einer bestimmten historischen Situation sei es schlicht und einfach nicht realisierbar sind, sei es hinter anderen, dringlicheren zurücktreten müssen. Politik ist stets auch und gerade Kunst des Möglichen; zu der Bestimmung des Ziels muß daher immer auch *eine realistische Einschätzung der konkreten Lage* treten. Aber die Festlegung erreichbarer Normen, die Definition sich vorzunehmender Ziele durch die Regierung ist in einem demokratischen Staat nicht ausreichend, zu Recht nicht ausreichend: Die Regierung muß einer Mehrheit der Bevölkerung stets auch *plausibel machen*, daß die von ihr vertretenen Zielsetzungen die richtigen sind; sie muß das, was sie für richtig erkannt oder zu erkennen geglaubt hat, auch zu *vermitteln* wissen. Doch wie?

Im folgenden will ich erstens Sinn und Grenzen geistig-politischer Führung durch die Regierung in einer Demokratie erörtern (I), zweitens die gegenwärtige geistige Situation der Bundesrepublik skizzieren (II), drittens formelle Eigenschaften einer erfolgreichen geistigen Führung in der augenblicklichen Situation angeben (III) und viertens einige konkrete *Inhalte*, an denen geistig-politische Neuorientierung festgemacht werden könnte, besprechen (IV).

I.

Gerade das oben angesprochene Vermittlungsproblem zeigt m. E. schon, inwiefern geistig-politische Führung eine Aufgabe ist, auf die gerade eine demokratische Regierung nicht verzichten kann. Ihre soziale Legitimation erhält diese durch den Konsens der Bevölkerung; der Konsens ist bestimmt u. a. durch gewisse Wertvorstellungen; es ist daher ein Gebot der Selbsterhaltung für eine Regierung zu versuchen, die Strömungen, die die öffentliche Meinung einer Gesellschaft determinieren, kennenzulernen und einen vertretbaren Einfluß auf sie zu gewinnen. Dem modernen Staat ist ja von verschiedenen, oft entgegengesetzten politischen Lagern immer wieder der nicht unbegründete Vorwurf gemacht worden, er reduziere sich immer mehr auf einen bloß reagierenden Überbau der Industriegesellschaft, der dieser die Infrastruktur bereitstelle und der nicht mehr die Kraft habe, der autokatalytischen Entwicklung der Technik von sich aus Grenzen zu setzen. Gerade wenn man diesen Vorwurf akzeptiert, dem Staat mehr als technokratische Aufgaben zuweist, dann kann man nicht zugleich der Ansicht sein, der Staat dürfe zu wertrationalen Fragen keine Stellung beziehen. Wenn der Staat mehr sein will als eine Behörde, die sich um Müllabfuhr, Straßenbeleuchtung und die Regelung des Verkehrs kümmert, dann hat er nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht, in den Bereich der Wertrationalität vorzustoßen. Um dies mit einem weiteren Argument zu verdeutlichen: Einer der eigentümlichsten, unheimlichsten, wenn auch unverzichtbarsten Aspekte des Staates ist seine Fähigkeit, Sanktionen zu verhängen, insbesondere seine Strafgewalt. Staatlichem Strafen gegenüber ist nun häufig die Forderung erhoben worden, sein letzter Zweck müsse sein, sich selbst überflüssig zu machen; Prävention müsse mit der Zeit immer mehr die Repression ersetzen. Dem ist m. E. zuzustimmen. Aber wie soll ein Staat diesem Ziel näher kommen, wenn er auf die Prägung der Wertvorstellungen seiner Bürger verzichtet? Sicher, auch sozialpolitische Maßnahmen sind dringend erforderlich; aber der Gedanken menschlicher Würde ginge verloren, nähme man an, menschliches Handeln sei ausschließlich durch soziale Verhältnisse determiniert und nicht mindestens ebenso sehr durch die Überzeugung von dem, was recht ist.

Als Beispiel zur Konkretisierung des Gesagten mag etwa das Problem der Legalisierung der Abtreibung dienen. Auch diejenigen unter den Bundesverfassungsrichtern, die die – in der Praxis ja inzwischen durchgesetzte – Fristenlösung nicht als verfassungswidrig ansahen, haben keinen Zweifel daran gelassen, daß auch ungeborenes menschliches Leben ein Rechtsgut ist, das der Staat zu schützen hat – fraglich schien ihnen nur, ob die Verfassung vorschreibe, daß der Staat dieses Rechtsgut notwendig mit strafrechtlichen Mitteln schützen müsse. Aber wenn die For-

derung nach jenem Schutz tatsächlich als mehr denn ein Lippenbekenntnis gemeint ist, dann kann dies doch nur heißen, daß sich der Staat anderer politischer Mittel zu bedienen hat, die vielleicht sogar effizienter sein könnten als ein strafrechtliches Verbot – und was sollte (neben sozial- und familienpolitischen Maßnahmen) hier eher in Frage kommen als bildungspolitische Initiativen zur Aufklärung über den ethischen Unwertcharakter von Abtreibung – und d. h. eine Teilnahme des Staates am Prozeß der geistig-politischen Führung?

Dem Staat das Recht zur ethischen Fundierung seines Handelns abzustreiten, kann ganz allgemein nur heißen, seine Legitimität zu untergraben. Denn während etwa die Verkehrspolitik dem ersten Anschein nach ausschließlich funktional-zweckrational gerechtfertigt werden könnte (aber selbst hier geht es natürlich um Wertfragen, etwa ob hohe Geschwindigkeit ein Wert ist, dem zuliebe ökologische Schäden in Kauf genommen werden dürfen), ist z. B. in der Strafrechtspolitik auf eine ethische Grundlage nicht zu verzichten, wenn die Gewalt des Staates mehr sein will als bare Macht. Ähnlich ist es bei denjenigen Normen einer Verfassung, die der Verfassungsrevision enthoben sind, evident, daß sie nicht bloß konsensuell legitimiert sind – sonst könnte man sie gerade nicht der Revision entziehen. Hier ist eine tiefere, ethische Dimension staatlicher Gewalt angesprochen. Die Entfremdung, die in den letzten Jahrzehnten in allen westlichen Demokratien zwischen den einzelnen Bürgern besonders der jüngeren Generation und ihrem Staat eingetreten ist, hängt sichtlich damit zusammen, daß der moderne Staat – anders als derjenige des 19. Jahrhunderts – auf seine Selbstdarstellung mit substantiellen kulturellen Mitteln weitgehend verzichtet hat, daß er versäumt hat, die sittliche Grundlage seiner Macht deutlich zu machen. (In den modernen Kanzlerdemokratien ist diese Funktion, soweit ich sehe, in verkümmerter Form dem Staatspräsidenten zugefallen.)

Dennoch wäre es falsch, die starken Vorbehalte gegen den Gedanken einer geistig-politischen Führung auch durch die Regierung eines Landes kurzerhand vom Tisch zu wischen. Denn auch, wenn man zugeben muß, daß der Staat auf Eingriffe in jenen Prozeß nicht verzichten kann, der zu einer Klärung dessen führt, was die Mehrheit der Bevölkerung für legitim bzw. werthaft hält, gilt es doch, das diesbezügliche Recht des Staates – und seine diesbezügliche Pflicht – sehr genau einzugrenzen. Die ungeheuren Machtmittel, die die modernen Informationstechniken dem Staat in die Hand geben, haben ebenso wie der dogmatische Glaube, unabhängig von gesellschaftlichen Meinungsbildungsprozessen die Wahrheit schon zu kennen, bekanntlich beigetragen zu jenem schauderhaftesten Phänomen des 20. Jahrhunderts, das früheren Epochen unbekannt war – ich meine den totalitären Staat. Es ist daher von absoluter Wesentlichkeit, die geistig-politische Führung in einem demokratischen Rechtsstaat

von der Bildungs- und Kulturpolitik eines totalitären Staates zu unterscheiden.

Ohnehin ist zunächst klar, daß eine Festlegung letzter Werte nicht primär eine Sache der Politik, sondern der Kunst, Religion und Philosophie ist. Im wissenschaftlichen Bereich ist es unmittelbar einleuchtend, daß eine Stellungnahme der Regierung zu ungelösten wissenschaftlichen Fragen absurd wäre; anders als Stalins berühmte „Entscheidung“ sprachwissenschaftlicher Streitfragen würde eine solche Intervention in einer westlichen Demokratie freilich nicht primär als eine Bedrohung freier Wahrheitssuche empfunden, sondern mit Heiterkeit aufgenommen werden. Ähnliches gilt aber auch für letzte geistige Werte – das Dekretieren etwa der Inhalte eines neuen nationalen Selbstbewußtseins müßte entweder die für den freiheitlichen Staat kennzeichnende individuelle Gewissensentscheidung abtöten oder unmittelbar der Lächerlichkeit anheimfallen und damit kontraproduktiv werden. Wenn aber nichtsdestotrotz die Aufgabe geistig-politischer Führung auch durch die Regierung unverzichtbar ist, dann muß ebensosehr das entgegengesetzte Extrem vermieden werden, die gerade herrschenden Meinungsschwingungen demoskopisch zu erfassen und sich ihnen in populistischer Manier anzupassen – eine solche Handlungsweise wäre gerade der Verzicht auf jede Führung und könnte den Staat nur zu einem (im Grunde überflüssigen) Multiplikator der im Augenblick gerade lautstärksten Kräfte des Kulturbetriebs werden lassen.

Sinnvoll scheint allein folgender Mittelweg: Die Regierung muß zunächst ganz generell die geistige Kreativität einer Gesellschaft anregen, d. h. die Rahmenbedingungen fördern, die den geistigen Wertschöpfungsprozeß durch Kunst, Religion, Philosophie begünstigen. Sie muß zweitens versuchen, von dessen Ergebnissen zu lernen – d. h. aber auch aus ihnen zu selektieren, und zwar nach dem Kriterium der Substantialität, nicht des Augenblickserfolgs im Rummel der öffentlichen Meinung. Pluralismus ist wichtig, weil eine Vielfalt von Ansätzen möglichst viele Anstöße zu geben vermag – aber er darf nie darüber hinwegtäuschen, daß den verschiedenen Meinungen häufig verschiedene Wahrheitswerte zukommen, daß nicht alle, die reden, gleich Wichtiges zu sagen haben und daß die Kriterien für Wahrheit und Bedeutsamkeit sich nicht nach dem Konsens der Mehrheit bemessen. Mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln hat die Regierung drittens konkrete Unterstützung jenen Kräften zuteil werden zu lassen, die ihrer Ansicht nach im gesellschaftlichen Meinungsbildungsprozeß in besonderem Maße substantielle Wertrationalität repräsentieren. Es handelt sich also hier um einen „*circulus fructuosus*“ zwischen Staat und Gesellschaft, deren Differenz absolut unaufgebbar ist: Der Staat bezieht das Material, aus dem er zu selektieren hat, ebenso wie die Selektionskriterien aus dem gesellschaftlichen Angebot;

aber durch Maßnahmen der Globalsteuerung im Meinungsbildungsprozeß wirkt er selbst auf das Angebot der Gesellschaft zurück.

Offenkundig ist der korrigierende Eingriff des Staates um so dringlicher, je wirrer, chaotischer, substanzloser das kulturelle Angebot der Gesellschaft ist. Die Auffassung ist leider wohlbegründet, daß in der gegenwärtigen Situation der Bundesrepublik in weiten Kreisen eine merkwürdige Mischung von geistiger Stagnation und Desorientierung besteht, die zu jenem Eingriff, zu umfassenden Maßnahmen geistig-politischer Führung Anlaß gibt – sofern letztere die notwendige Rückkoppelung mit den in der Gesellschaft wirkenden kulturellen Kräften gebührend berücksichtigt.

II.

Die geistige Krise, in der die Bundesrepublik Deutschland steckt, hat verschiedene Gründe. Erstens läßt sich ganz allgemein sagen, daß das deutsche Wesen von jeher einen Hang zu hamletischer Selbstreflexion, zu einem übersteigerten Sich-in-sich-Versenken gehabt hat, das den Anschluß an die realen Notwendigkeiten der Zeit nicht findet. Das frisch Zupackende, die spontane Natürlichkeit, der gesunde Menschenverstand anderer europäischer und etwa des amerikanischen Volkes sind ihm fremd; soziale Bindungen haben nicht den gleichen Charakter von Selbstverständlichkeit wie bei anderen Nationen (trotz der bemerkenswerten deutschen Fähigkeit zur Treue). Konsequenzen dieser Mentalität sind einerseits Spitzenleistungen in theoretischen Fächern – etwa der Philosophie –, andererseits eine traditionelle Kluft zwischen Theorie und Praxis, ein gegenseitiges Mißtrauen zwischen Kultur und Politik, das etwa in Frankreich nie bestanden hat. Die Gründe für diese Eigenheiten liegen auf der Hand: Im Zentrum Europas gelegen, hat Deutschland im Schnittpunkt verschiedenster Kulturen gestanden; es hat vielfältigste Einflüsse zu verarbeiten gehabt und wenig als unmittelbar geltend erfahren. Dies erklärt sowohl die erstaunlichen schöpferischen Kulturleistungen Deutschlands – Kreativität besteht in der Synthese von Entgegengesetztem – als auch die typisch deutsche Tendenz zur Unsicherheit, zum Selbstzweifel. Deutschland ist ferner fast das einzige europäische Land gewesen, das sich konfessionell nicht zu einer Homogenität durchgerungen hat: Katholizismus und Protestantismus haben Jahrhunderte nebeneinander bestanden und damit die Ambivalenz der Religion sichtbar gemacht. Hinzu kommt die späte nationale Einigung – zu einem Zeitpunkt, da der Nationalismus im Grunde geschichtsphilosophisch schon ein überholtes Prinzip war. So ist es kein Zufall, daß gerade die beiden verspäteten Nationen Europas – Deutschland und Italien – im 20. Jahr-

hundert die schauderhaftesten Exzesse des Nationalismus begangen haben.

Die augenblickliche geistige Krise Deutschlands wurzelt zweitens in der für alle europäischen Völker kennzeichnenden Zerstörung des Christentums als herrschender Ideologie und des Selbstvertrauens der abendländischen Vernunft, die letzten Wertfragen lösen zu können. Diese Zerstörung beginnt in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die sich freilich durch viel leeres Getöse darüber hinweggetäuscht hat. Im 20. Jahrhundert ist die aus ihr notwendig entspringende Krise manifest geworden, und nirgends so deutlich wie in Deutschland als dem geistig krisenanfälligsten Land. Dennoch – oder gerade deswegen – haben die deutschsprachigen Länder in den ersten drei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts geistige Spitzenleistungen von einzigartigem Rang hervorgebracht: Man braucht nur Mathematiker wie D. Hilbert, Physiker wie M. Planck, A. Einstein, W. Weisenberg, W. Pauli, Chemiker wie O. Hahn, Psychologen wie S. Freud und C. G. Jung, Soziologen wie M. Weber, Juristen wie H. Kelsen, C. Schmitt, H. Heller, Künstler wie die der Brücke, des Blauen Reiters, des Bauhauses, Komponisten wie A. Schönberg, Schriftsteller wie Th. und H. Mann, H. Broch und B. Brecht, Regisseure wie F. Lang zu nennen, um sich klarzumachen, daß jene Zeit, die doch schon Zeitgenossen als Epoche der Krise erschien, eine der Blütezeiten der deutschen Kultur war. Immerhin sprach man damals noch vom Problem des Kulturverfalls (vom „Untergang des Abendlands“) – der Verfall ist heute so weit fortgeschritten, daß man sich gar nicht mehr über ihn Rechenschaft gibt. In der Tat fällt es schwer, vergleicht man die geistigen Leistungen der Bundesrepublik Deutschland mit denjenigen der Weimarer Republik, sich des Eindrucks zu erwehren, die Deutschen seien auf dem besten Wege dazu, *ein Kulturvolk im Ruhestand* zu werden (um eine treffende Wendung Imre Tóths zu verwenden).

Die Provinzialität und Mediokrität des geistigen Lebens der Bundesrepublik hat verschiedene Gründe. Entscheidend ist natürlich das Dritte Reich, in das sich die Anarchie der späten Weimarer Republik selbst aufhob – die aus dem Unbehagen am Übermaß der Reflexion entspringende irrationalistische Tendenz der Deutschen hat immer schon einen Hang zum Atavismus und Primitivismus gehabt, der allerdings nie einen schrecklicheren Ausdruck gefunden hat als im Nationalsozialismus. Um von den moralischen und politischen Folgen zu schweigen, hat dieser auch im Bereich der Kultur unbeschreibbar negative Wirkungen gehabt, von denen sich Deutschland bisher noch lange nicht erholt hat – die Ermordung und Vertreibung der jüdischen und sonstigen kritischen Intelligenz und die Zerstörung bewährter Bildungssysteme einerseits, der ungeheure Mißbrauch politischer Führung und das daraus resultierende, nur zu verständliche Staatsmißtrauen andererseits haben auf lange Zeit

sowohl die geistige Kreativität der Gesellschaft gelähmt als auch die Möglichkeiten aktiver staatlicher Kulturpolitik begrenzt. Während der Jahre des wirtschaftlichen Wiederaufbaus ist das Problem einer Klärung der eigenen geistigen Identität in den Hintergrund getreten vor den dringlicheren materiellen Sorgen und Interessen. Erst in den späten 60er und den 70er Jahren hat sich das (u. a. wegen des Fehlens jeder geistigen Führung) ungestillte Sinnbedürfnis explosiv Ausdruck verliehen – und zwar notwendig im Marxismus Halt gesucht als der einzigen Ideologie, die den Anspruch erhob, zum Problem der Wertrationalität Stellung zu beziehen und, anders als das Christentum, zugleich auf der Höhe der modernen Wissenschaft zu sein. Obgleich die genannte kritische Welle zur weiteren Zerstörung geistiger Traditionen beigetragen, im übrigen auch zu Recht viele Vorurteile in Frage gestellt hat, hat sich doch bald erwiesen, daß der Marxismus nicht in der Lage war, die Probleme des späten 20. Jahrhunderts zu lösen, daß er an die Stelle alter nur neue Vorurteile setzte. (So ist es absurd, heute noch von der Arbeiterbewegung eine politische Pilotfunktion bei der Durchsetzung dessen, was an der Zeit ist – etwa in der Umweltpolitik, beim Abbau der Arbeitslosigkeit usf. –, zu erwarten: Die Gewerkschaften sind zwar als Repräsentanten eines großen Teils der Bevölkerung stets ernst zu nehmen, aber die Annahme, ihre Position sei automatisch am Gemeinwohl ausgerichtet, mag vielleicht Anfang des Jahrhunderts Sinn gegeben haben, kann heute jedoch nur als Relikt einer romantisch-reaktionären Fehlinterpretation der Gegenwart eingestuft werden.)

Seit den späten 70er Jahren ist daher ein offensichtlicher Rückzug marxistischen Gedankenguts zu bemerken. Zweierlei ist vielfach an seine Stelle getreten: einerseits ein technokratischer Pragmatismus, dem es an Visionen und daher an Motivationskraft mangelt und der in Gefahr ist, ausschließlich wirtschaftliche Erfolge als Gradmesser politischen Fortschritts anzusehen, Politik auf Verwaltung des Bestehenden zu reduzieren und somit zur geistigen Saturiertheit der frühen 60er Jahre zurückzukehren; andererseits ein durch die ökologischen Probleme aufgerüttelter irrationalistischer Fundamentalismus, der abstrakte Forderungen aufstellt, zur romantischen Verklärung primitiver Entwicklungsstufen neigt (eine alte deutsche Gefahr!), damit aber den Kontakt zur Wirklichkeit und so auch die Fähigkeit verliert, in der realen Welt konkrete Erfolge zu erzielen. Im Hintergrund dieses oft negativistischen und autistischen Gehabes, das durch aggressive Steigerung seiner Selbstgerechtigkeit höchst bedrohliche Formen annehmen kann, aber auch in harmloserer Gestalt über kurz oder lang weitere soziale Bindekräfte auflösen muß, steht als rationales Motiv das Gefühl vieler junger Menschen, in diesem Lande nicht gebraucht zu werden, sowie der Eindruck, daß zur Eindämmung der drei Hauptgefahren der Menschheit – einer weltweiten kriegerischen

Auseinandersetzung mit unabsehbaren Folgen, einer ökologischen Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes sowie einer weiteren Polarisierung des Nord-Süd-Gefälles – zu wenig und dieses zu langsam getan werde.

III.

Als eminentes Ziel geistig-politischer Führung für die nächsten Jahre ergibt sich aus dem Gesagten die Gewinnung zumal junger Menschen für den Staat. Dies wird auf die Dauer nicht möglich sein, wenn der Staat sich darauf beschränkt, die Rahmenbedingungen für wirtschaftlichen Wohlstand zu setzen (sosehr zumal der weitere Abbau der Arbeitslosigkeit durch Flexibilisierung der Arbeitszeit, Teilzeitbeschäftigung und Bekämpfung der Schwarzarbeit dringlich ist – und zwar nicht nur an sich, sondern auch um jenes ideelle Ziel zu erreichen – und sosehr etwa arme Menschen in einem reichen Staat dessen Legitimität in Frage stellen). Denn erstens könnte eine ökonomische Begründung des Trueverhältnisses zum Staate nur heißen, daß dieses Verhältnis dann gekündigt werden kann – ja, bei Verabsolutierung einer Logik der Zweckrationalität: dann gekündigt werden muß, wenn der Staat diese Rahmenbedingungen nicht mehr zu wahren weiß. (Dies ist ganz allgemein eines der Hauptprobleme des modernen Sozialstaates, sosehr dieser eine der unaufgebarsten Errungenschaften der neueren Zeit ist und sosehr es hinter ihn kein Zurück auf den liberalen Rechtsstaat des 19. Jahrhunderts geben kann: Er ist stets in Gefahr, dahingehend fehlinterpretiert zu werden, daß er sich Loyalität *kaufen* müsse.) Bei der internationalen Verflechtung der Wirtschaft, ihrer oft schwer vorhersehbaren Logik sind aber auch im besten Staat Wirtschaftskrisen nicht auszuschließen; und wirtschaftlich begründete politische Krisen sind dann unvermeidlich, wenn die Loyalität zum Staate wirtschaftlich legitimiert ist.

Zweitens ist es ganz offenkundig ein Irrtum zu glauben, Lebenssinn und persönliches Glück, „gutes Leben“ hingen *primär* von ökonomischen Faktoren ab – sosehr es auch auf sie ankommt: Aber es sind eben immer nur notwendige, nie hinreichende Bedingungen. Der hemmungslose Individualismus und Konsumismus der Nachkriegszeit haben nicht nur ökologisch wie ökonomisch unverantwortbare Folgelasten verschuldet; sie haben die Menschen um keinen Deut glücklicher gemacht. Es ist ein anthropologisches Faktum ebenso wie ein ethisches Gebot, daß der Mensch ein soziales Wesen ist, das Gemeinschaft nicht nur als nützliches Mittel interpretieren darf, um partikuläre Zwecke zu verfolgen, sondern für das diese wesentlich *Selbstzweck* sein muß. Wer keine Zwecke anerkennt, die seine endliche Subjektivität transzendieren, ist zur Einsamkeit und damit Unglückseligkeit auch dann verdammt, wenn

sich um ihn herum Gemeinden „kritischer“ Geister bilden, die wie er alle übersubjektiven Zwecke als Illusionen „durchschaut“ haben und sich für diese tiefe und originelle Einsicht gegenseitig Komplimente machen. Philosophisch-argumentativ ist eine solche Haltung zwar durchaus stringent zu widerlegen, auch wenn es einer gewissen Intelligenz und Ausbildung bedarf, um die entsprechende Widerlegung zu fassen. Dafür ist es psychologisch außerordentlich schwierig, jemanden, der sich jahrelang der Barbarei der Reflexion ergeben hat, sich aus allen sittlichen Bindungen herausräsoniert hat, zu allem, was gesagt wird und nicht mit seinen vorgefaßten „kritischen“ Meinungen übereinstimmt, eine innere Distanz beibehält, die jeden Gesinnungswandel von vornherein unmöglich macht, und aus dieser solipsistischen Stellung sein Selbstbewußtsein bezieht (wobei das Leiden, das mit dieser Position verbunden ist, seinen Dünkel gewöhnlich noch steigert), von diesem Standpunkt wegzubringen; es gibt Fehler, die zu groß sind, als daß man ohne weiteres einräumen könnte, sie begangen zu haben. Dennoch, denke ich, besteht bei vielen jungen Menschen, ja selbst bei einigen der genannten Vertreter der Reflexionsbarbarei durchaus ein starkes Bedürfnis nach substantieller Sittlichkeit oder, weniger anspruchsvoll, nach einem inhaltlichen Sinnangebot, das auch intersubjektiv anerkannt würde.

Diese Nachfrage auf intellektuell redliche, rational gut begründete Weise zu befriedigen und glaubhaft an der, wenn auch stets nur partiellen und allmählichen, Verwirklichung dieser Werte politisch zu arbeiten, ist sicher die anspruchsvollste Form geistig-politischer Führung. Sie dürfte, wenn geschickt vorgenommen, gerade in der Gegenwart eine erstaunliche Attraktivität und Motivationskraft haben und könnte möglicherweise jene sozialen Bindekräfte freisetzen, die erforderlich sind, um die Aufgaben, vor die die Zukunft stellt, zu lösen. Mit starken Widerständen ist allerdings zu rechnen.

Alle großen politischen Erfolge in der Geschichte sind dadurch erreicht worden, daß einer großen Menge (nicht notwendig der Mehrheit) in einem Volke bestimmte politische Aufgaben als werthafte Anliegen vermittelt worden sind, für die auch um den Preis der Opferung eigener Partikularinteressen zu kämpfen ist. Neben überzeugenden Führungspersönlichkeiten mit natürlicher Autorität (die man hat oder nicht hat, die jedenfalls nicht zu lernen ist) und relativ rasch sichtbaren, gut dargestellten Erfolgen bedarf geistig-politische Führung also stets auch des geistigen Moments, bestimmte Ziele als werthaft aufzuzeigen. In einer Zeit, in der traditionelle Legitimationsinstanzen wie die Kirchen sei es den Anschluß an die moderne Welt in entscheidenden Bereichen immer noch nicht geschafft haben, sei es vornehmlich mit der eigenen Selbstzersetzung beschäftigt sind, dürfte es wichtig werden, über deren Beitrag hinaus – der freilich weiterhin unverzichtbar bleiben wird – andere legiti-

mierende Kräfte einzubeziehen. Neben den empirischen Wissenschaften – die zum Problem der Wertrationalität keine Stellung beziehen können, wohl aber zum empirischen und pragmatischen Aspekt, der allen politischen Streitfragen eignet, – dürften Kunst und insbesondere Philosophie in Frage kommen. Wesentlich ist natürlich, nicht alles ernst zu nehmen, was sich Kunst oder Philosophie nennt, auch wenn es sich mit dem Doktorhut oder dem Professorentitel einer Universität zu schmücken weiß.

Ganz entscheidend ist, die fällige geistig-moralische Neuorientierung nicht auf die *Aktivierung von Sekundärtugenden* zu reduzieren. Zwar ist klar, daß ohne solche Tugenden wie Fleiß, Zielstrebigkeit, Ordnungsliebe, Sparsamkeit, Tapferkeit, Fähigkeit, sich unterzuordnen, usf. nichts Großes erreicht und bewegt werden kann; der pauschalen Diffamierung dieser Tugenden ist daher energisch entgegenzutreten – und vermutlich auch mit leichtem Erfolg, da die Deutschen traditionell das Volk der Sekundärtugenden (zumindest gewesen) sind. Aber es ist ebenso klar, daß Sekundärtugenden mißbrauchbar sind, ja gerade in der deutschen Geschichte auf furchtbarste Weise mißbraucht worden sind. Diese Tugenden müssen daher auf konkrete Inhalte und Werte bezogen werden. Mit Appellen zu stärkerem Einsatz für den Staat ist nicht gedient, wenn nicht die Ziele des Staates selbst motivierende Kraft haben.

Beiläufig gesagt: Gerade bei der Besprechung des Verhältnisses von inhaltlichen Zielvorstellungen und Sekundärtugenden zeigt sich die notwendige *Komplementarität von Progressivismus und Konservatismus*. Konservative Strömungen verweisen stets auf die Unabdingbarkeit von Sekundärtugenden, auf die sozial integrative Funktion bestimmter Traditionen, und sie haben völlig recht damit: Ohne bewahrende Kräfte sind Träumereien ohne jedes Resultat, ja eine rasche Auflösung ist vorprogrammiert. Progressive Strömungen beharren dagegen darauf, daß mit der geschichtlichen Entwicklung neue Wertvorstellungen zu verwirklichen seien, daß von der inhaltlichen Frage, wohin die sozialen Bindekräfte tendierten, nicht abstrahiert werden dürfe, und sie haben ebenfalls völlig recht damit: Ohne innovative Kräfte sind Sklerotisierungen, ja sogar ein Rückschritt vorprogrammiert. Weltgeschichtliche Leistungen sind dort erbracht worden, wo es gelungen ist, diejenigen neuen Ziele, die politisch „an der Zeit“ waren, dank der Mobilisierung aller tradierten Sekundärtugenden, des ganzen Reservoirs sozialer Bindekräfte durchzusetzen.

IV.

Welche *Inhalte* sind es, die sich Politik vorsetzen könnte und die zu einer Hebung der Staatsgesinnung beitragen, zu einem verstärkten Einsatz für überindividuelle Zwecke motivieren könnten?

Grundlegend ist sicher der Gedanke der *Verantwortung für kommende Generationen*. Eine Generation hat nicht das Recht, die Lebensgrundlagen für spätere Menschen zu zerstören – ein „nach uns die Sintflut“ ist moralisch wie politisch absolut unzulässig. Der Sinn menschlicher Existenz erschöpft sich nicht in der Gegenwart; die Leugnung eines die Gegenwart transzendierenden „Endzwecks“, zu dessen Realisierung es eben künftiger Generationen bedarf, läuft auf die Negierung jeglicher Moral, auf die Verabsolutierung des Interesses zwar nicht der eigenen kontingenten Partikularität, wohl aber derjenigen der nicht viel weniger kontingenten Zeitgenossen hinaus. Während die traditionelle Politik unter Gemeinwohl im wesentlichen das Wohl der gerade lebenden Staatsbürger verstand, wird es immer unabdingbarer, die Gemeinwohldefinition zu erweitern – u. a. eben in Richtung auf kommende Generationen. Früher mag eine Beschränkung der Politik auf kürzere Zeiträume legitim gewesen sein – in Anbetracht der unerhörten Macht der modernen Technik, ihrer unvorstellbar lang dauernden Spätfolgen (man denke nur an die Halbwertszeit von Plutonium) kann die Politik nicht mehr einer Definition nachhängen, die durch die technische Entwicklung längst überholt ist. Maßnahmen zum Schutze der Umwelt werden von den meisten Bürgern in der Tat als dringlich empfunden, auch wenn sie den einzelnen zum Verzicht zwingen – aus ihrer zügigen Realisierung kann Politik eine wichtige Legitimationsquelle schöpfen. Allerdings ist klar, daß die erforderliche Umstellung nicht über Nacht erfolgen kann; Gewohnheiten lassen sich nicht ohne gefährliche Folgen unmittelbar umkrempeln, und es ist nicht zu übersehen, daß allein die weitere technische Entwicklung den Erhalt jener Werte garantieren kann, um die es auch denjenigen geht, die sich auf die Verantwortung für kommende Generationen berufen – eines Lebens in menschlicher Würde für möglichst alle Bewohner dieses Planeten. Maschinenstürmen wird keine Probleme lösen. Dennoch ist es von ungemeiner Wichtigkeit, daß der Staat allen sichtbar macht, daß er – und nicht eine merkwürdige Mischung von Partikularinteressen und angeblichen Sachzwängen – die weitere Entwicklung der Technik zu bestimmen weiß. Es muß *auch der Anschein* vermieden werden, daß Parteien und Politiker von Unternehmen abhängig sind. Ansonsten ist ein weiterer Autoritätsverfall des Staates unvermeidlich. So kann es der Achtung vor staatlichem Strafen nur abträglich sein, wenn etwa Kleinkriminalität hart bestraft wird, Umweltdelikte aber nicht angemessen geahndet werden.

Natürlich sind Forderungen an den Staat nicht ausreichend. Die staatliche Gemeinschaft beginnt beim einzelnen, und dieser hat zunächst *sich* die Frage zu stellen, was er in seinem Wirkungsbereich zur Realisierung der von ihm anerkannten Werte beitragen kann, wenn er nicht jede Glaubwürdigkeit verlieren will. Wer die Welt verbessern möchte, hat zu-

nächst an sich zu arbeiten, Negativität gegen sich zu wenden, bevor er anderen – dem Nachbarn, der Industrie, dem Staat – Vorschriften macht. Anspruchsdenken steht demjenigen besonders schlecht an, der die Ansprüche des Menschen an die Natur zurückschrauben möchte. Um die Umweltzerstörung einzudämmen, ist ein Umdenken (mehr noch: ein Umstellen des eigenen Handelns) auch auf individualethischer Ebene unverzichtbar. (Umweltschutz beginnt im übrigen schon bei der eigenen Gesundheit, die zu bewahren Pflicht ist – es geht jedenfalls nicht an, der Gemeinschaft Kosten aufzubürden für eine mutwillige oder fahrlässige Zerstörung der eigenen Gesundheit.) Freilich ist gerade wegen der sozialen Natur des Menschen klar, daß entsprechendes Handeln irgendwie institutionalisiert werden muß, wenn es nicht bald als ohnehin sinnlos empfunden werden oder zu sektiererischer Besserwisseri führen soll – zu einem gesinnungsethisch motivierten „Aussteigen“, das in Wahrheit einen Abschied von jeder konkreten Verantwortung bedeutet; es geht am Ende nur noch darum, daß *ich mir* als moralisch vortrefflich vorkommen kann (im Gegensatz zu allen bösen Menschen um mich herum), und im Grunde ist es mir gleichgültig, was mit der Welt geschieht. – Eine wichtige Voraussetzung für eine Abwendung vom Konsumismus dürfte im übrigen die Betonung nicht-materieller Werte sein, während der Mangel an geistiger Orientierung notwendig eine Überbewertung von Konsum, Unterhaltung usf. zur Folge hat.

Ein interessantes staatsphilosophische Problem stellt sich, wenn man den Gedanken weiter verfolgt, daß Politik die Interessen zukünftiger Generationen mitbedenken muß. Denn die gängige Legitimation von Demokratie läuft ja darauf hinaus, daß diejenigen an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt werden sollen, die von diesen Entscheidungen betroffen sind. Nun können aber zukünftige Wähler sich nicht schon bei den nächsten Wahlen für Entscheidungen rächen, die ihre Interessen ungebührlich verletzt haben; und daher besteht in einer Demokratie eine sehr große Versuchung dazu, den aktuellen Wählern auf Kosten potentieller Wähler sachlich nicht vertretbare Gefälligkeiten zu tun – das gilt sowohl für die Haushalts- als auch für die Umweltpolitik. Wie dieses Problem institutionell – und nicht nur durch den Appell an den guten Willen – gelöst werden könnte, ist eine schwierige Frage. Vermutlich ist in Ländern mit Verfassungsgerichtsbarkeit eine Aufnahme von Bestimmungen, die eine Grenze der Haushaltsverschuldung festlegen, Umweltschutz vorschreiben usf., in die Verfassung die effektivste Lösung.

Noch bedrohlicher als *die Gefährdung* der äußeren Natur ist m. E. die *der inneren Natur des Menschen* – ich meine die Manipulation menschlichen Genmaterials (insbesondere der Keimzellen). Wenn nach Kant der kategorische Imperativ der Ethik vorschreibt, jedes Vernunftwesen als Selbstzweck anzuerkennen, dann muß der Gedanke, Menschen zu „ma-

chen“, die Zerstörung jeder Moral bedeuten. Hier wird die Kluft zwischen technischem Fortschritt und ethischer Stagnation, wenn nicht Regression, der Menschheit auf erschreckendste Weise deutlich, und zweifelsohne liegt eine der wichtigsten und aktuellsten Aufgaben geistig-politischer Führung darin, über diese zentralen, jeden betreffenden Fragen zunächst die Bevölkerung zu informieren und dann eine rationale, an Wertmaßstäben eines – noch so säkularisierten – christlichen Menschenbildes orientierte Diskussion in Gang zu bringen. Die geistige Herausforderung, die die Biotechnik ganz allgemein – also nicht nur die Genmanipulation – für die Menschheit darstellt, ist bisher kaum begriffen, geschweige denn angenommen worden, eben weil ethische Fragen soviel schwieriger sind als erfahrungswissenschaftliche; verglichen mit der Philosophie ist die Technik etwas sehr Einfaches, das sich daher – nicht zum Segen der Menschheit – viel rascher entwickelt. Zudem ist zu bedenken, daß massive Interessen auf seiten der Industrie und Medizin eine vorurteilslose und unparteiische Prüfung der genannten Fragen erschweren; nicht minder gefährlich, gerade weil nobler, ist die theoretische Neugierde der Wissenschaftler, die bei einem verbreiteten szientistischen Hintergrund immer weniger dazu erzogen werden, auf ethische Bedenken Rücksicht zu nehmen. Die Gefahr, daß eine öffentliche Diskussion schließlich auf das bekannte pseudopluralistische und unverbindliche Ergebnis hinausläuft, daß bei diesen Fragen eben jeder seine Meinung habe, ist sehr groß.

Um so größer ist sie, als durch die Legalisierung der *Abtreibung* der Rechtsstatus des Embryos – Sache, Tier, Person? – völlig unklar geworden ist. Bezüglich dieser Frage Stellung zu beziehen, ist eine der Hauptforderungen, die an diejenigen zu stellen sind, die geistig-politische Führung beanspruchen. Selbst wenn strafrechtspolitisch im Augenblick nicht viel zu machen sein dürfte – es gibt ein geistiges Entropiegesetz, wonach der Verfall, wenn er einmal eingetreten ist, nahezu irreversibel ist –, ist immer wieder darauf hinzuweisen, daß Abtreibung eine Tötung genetisch voll determinierten menschlichen Lebens darstellt. Entscheidend sind in diesem Zusammenhang wissenschaftliche und philosophische, nicht religiöse Argumente (denn letztere können ja nicht für alle Verbindlichkeit beanspruchen). So ist durchaus einzuräumen, daß es sich bei Embryonen um nur *potentielle* Vernunftwesen handelt. Doch dasselbe gilt auch für Kinder, denen man ja Rechtssubjektivität nicht wird abstreiten wollen – obgleich uns vielleicht auch entsprechende Ideen nicht erspart bleiben werden, nachdem ja schon die Forderung erhoben wurde, die Abtreibung bis zum Tag vor der Geburt straffrei zu lassen. Eine so schauerliche sittliche Verrohung sich hierin auch ausspricht – es liegt in der Natur der Sache, daß eine völlig willkürlich gesetzte Grenze beliebig hinausgeschoben werden muß. Im übrigen entbehrt es nicht absur-

der Züge, daß auf der einen Seite Embryonen eingefroren werden, weil Mütter Kinder haben wollen, auf der anderen Seite Embryonen abgetrieben werden, weil Mütter Kinder nicht haben wollen – beide Menschenrechtsverletzungen ließen sich vielleicht vermeiden, wenn die Adoption rechtlich vereinfacht würde und ein höheres Ansehen erhielte gegenüber dem rein naturalistischen, sittlich nicht zu legitimierenden Wunsch, um jeden Preis natürliche Kinder zu haben.

Das Recht des Staates, die Abtreibung zu bestrafen, gründet sich ausschließlich auf der in ihr erfolgenden Verletzung individuellen menschlichen Lebens. Dennoch hat der Staat das Recht, ja die Pflicht, außerstrafrechtliche politische Mittel gegen eine rapide *Abnahme der eigenen Bevölkerung* einzusetzen. Zwar ist weltpolitisch das primäre Problem die unverantwortliche Zunahme der Bevölkerung; zwar kann man durchaus der Ansicht sein, daß nach der starken Bevölkerungszunahme im 18. und 19. Jahrhundert eine gewisse Abnahme in dichtbesiedelten Ländern kein Unglück wäre. Es bleibt aber dabei, daß der Staat als Selbsterhaltungssystem sich um eine gesunde Altersstruktur der eigenen Bevölkerung zu kümmern hat. Wichtig sind hier sicher im engeren Sinne familienpolitische Maßnahmen wie die steuerliche Begünstigung der Familie (nicht notwendig schon der Ehe). Darüber hinaus sind aber geistige Maßnahmen erforderlich: In der Weitergabe menschlichen Lebens und menschlicher Kultur ist eine der sinnvollsten Aufgaben für die eigene Lebensführung, ja die wahre Selbstverwirklichung zu erkennen, obgleich oder besser: gerade weil sie die partikuläre Subjektivität transzendiert und Opfer abverlangt. Freilich dürfte die Neigung, Kinder in die Welt zu setzen, stark davon abhängen, wie man selbst die eigene Kindheit erfahren hat – die Deutschen sollten kinderfreundlicher werden, mehr in der Lage sein, einem Kind das Gefühl zu vermitteln, unmittelbar anerkannt zu sein. Hier könnten sie von den romanischen Völkern manches lernen, auch wenn diese häufig der Gefahr erliegen, Kinder zu verwöhnen. In Wahrheit aber setzen Liebe und Autorität bei der Erziehung einander wechselseitig voraus: Autorität wird dann anerkannt, wenn das Kind weiß, daß sie aus Zuneigung entspringt; und umgekehrt gebietet gerade letztere, dem Kind die Grenzen zu setzen, ohne deren Erfahrung es nichts als ein permanent Forderungen stellendes, damit zum Unglück verdammt und andere unglücklich machendes Wesen werden wird.

Die demographische Entwicklung wird ferner vom weiteren Schicksal der *Institution Ehe* abhängen. Daß diese in Gefahr ist, ist offenkundig – die Fähigkeit zu monogamer Lebensgemeinschaft nimmt in erschreckendem Maße ab, einerseits wegen des herrschenden Subjektivismus und Narzißmus (ohne die Anerkennung gemeinsamer Werte ist Zusammenleben, gar Bindung nicht möglich), andererseits wegen der grotesken Sexualisierung unserer Gesellschaft: Nicht nur die Ehe, die menschliche

Kultur als ganze beruht auf der Kontrolle des Sexualtriebs, und der rasante Abbau dieser Fähigkeit läßt wenig Gutes erwarten (auch wenn die Beseitigung falscher Prüderie zugegebenermaßen zur Auflösung mancher Erscheinungsform doppelter Moral beigetragen hat). Eine dritte Quelle der Gefährdung der Ehe ist als vernünftig anzuerkennen: der Kampf der Frau um rechtliche und soziale Gleichstellung. Einerseits besteht zwar kein Zweifel daran, daß er vorübergehend zu Desorientierung und damit zu Schwierigkeiten führt; andererseits ist Gleichstellung ein absolutes Menschenrecht der Frau. Wichtig ist, etwa durch ein größeres Angebot an Teilzeitarbeit es beiden Partnern leichter zu machen, Familie und Arbeit miteinander zu versöhnen.

Unabhängig davon, ob die Geburten noch mehr abnehmen werden, wird sich infolge medizinischen Fortschritts und verlängerter Lebenserwartung die *Alterspyramide* weiter *zugunsten der Alten* verändern. Sie besser in die Gesellschaft zu integrieren, ist eine der wichtigsten Aufgaben humaner Politik – hier, nicht in abstrakten Forderungen, bewährt sich konkrete Menschlichkeit. Auch wenn eine gerechtere Verteilung der Arbeitszeit um Arbeitszeitverkürzungen vermutlich schwerlich herumkommen wird, kann es keine Zielvorstellung sein, Menschen ab einem gewissen Alter mechanisch auch gegen deren Willen aus dem Arbeitsprozeß herauszudrängen. Insbesondere ist aber zu verhindern, daß sich die Generationen immer mehr voneinander abschotten. Einerseits kann nämlich diese Ausgrenzung nur zu einem weiteren Abbau jener geistigen Traditionen führen, die durch den technischen Wandel ohnehin gefährdet sind, aber das ideelle Fundament unserer Kultur ausmachen; eine solche Ausgrenzung muß also einen Identitätsverlust gerade für die Jugend bedeuten. Andererseits würde die ältere Generation dadurch des ihr durchaus zustehenden Rechts auf Kontakt mit der Jugend und damit dem Leben beraubt. Die Bereitschaft, ältere Menschen zu pflegen, sie zu Hause zu behalten statt ins Altenheim abzuschieben, sollte zunehmen – und sei es auch nur dank des eingängigen Arguments, daß man von seinen Kindern kein anderes Verhalten erwarten darf als dasjenige, das man vor ihnen den eigenen Eltern gegenüber an den Tag gelegt hat. Auch wird nur das Erleben von Alter, Krankheit und Tod als etwas Natürlichem statt ihrer weiteren Verdrängung den Menschen von der Todesangst befreien können, die die Kehrseite des hektischen Konsumismus und Hedonismus der Gegenwart ist.

Die *Arbeitswelt* wird in den nächsten Jahrzehnten sicher eine starke Veränderung erfahren. Neue Tätigkeitsfelder werden zumal in den Industrieländern traditionelle verdrängen – der Weg zur Informationsgesellschaft scheint unvermeidlich (auch um die ökologisch nicht verantwortbare Überproduktion einzudämmen). Um so wichtiger ist es, erstens dafür zu sorgen, daß bei den Informationen, die ausgetauscht werden, das

Kriterium der Substantialität an Bedeutung gewinnt, und zweitens der Gestaltung der Freizeit – die unweigerlich zunehmen wird – irgendwelche Orientierungen zu geben. Die Entwicklung zu einer ausschließlich an Spaß und Amüsement interessierten, infantilisierten Gesellschaft, in der alle ernstesten Fragen nicht etwa ignoriert werden – in einer pluralistischen Gesellschaft kommt jeder zu Wort! –, sondern vornehmlich noch in Unterhaltungsshows angesprochen werden, ist eine reale Gefahr; ebenso die Pervertierung und Brutalisierung der Jugend durch gewaltverherrlichende und pornographische Machwerke, die den Gedanken der Menschenwürde zerstören und gegen die vorzugehen der Staat daher das Recht hat. Wenn die genannte Entwicklung, durch privates Fernsehen, Videokassetten u. ä. potenziert, weiterschreitet, werden die Deutschen zu bleibenden Kulturleistungen nicht mehr in der Lage sein; nicht Dichter und Denker, sondern Showmaster und junge Sportler werden die bedeutendsten Integrationsfiguren des kulturellen Lebens sein.

Hier, in der *Kulturpolitik* im weitesten Sinne des Wortes, liegt eine der Hauptaufgaben einer geistig-politischen Neuorientierung, zumal die Kulturpolitik nicht nur einer von ihren Inhalten, sondern zugleich ihr Medium sein muß. An konkreten Aufgaben stellt sich auf formaler Ebene erstens die Erhaltung des bestbewährten Mediums der Erkenntnisüberlieferung dar – das Buch darf nicht von neuen Medien verdrängt werden, da allein bei ihm der Leser die Geschwindigkeit der Informationsaufnahme regeln, zurückblättern, länger nachdenken kann; ganz abgesehen davon, daß die nicht-bildliche Mitteilung den Menschen vom Tier unterscheidet. Zweitens darf man jedoch nicht, wie seinerzeit Platon das Medium Buch, die neuen Medien schlechthin verwerfen; sie können gerade auf Breitenwirkung zielenden kulturpolitischen Anliegen Dienste leisten, die dem Buch verwehrt sind. Versuche, substantielle Gehalte auf neue Medien zu bannen, verdienen Aufmerksamkeit, weil sie vielleicht zu einer Lösung des Vermittlungsproblems beitragen können.

Inhaltlich stellt sich die Frage, wie die Gesellschaft zur Produktion substantieller Gehalte befähigt werden kann. M. E. sind die Zurückdrängung der geisteswissenschaftlichen, insbesondere humanistischen Fächer von den *Schulen*, die frühe Spezialisierung in der reformierten Oberstufe u. ä. Fehler, die sich kulturell allgemein rächen werden – man sollte nie vergessen, daß etwa Gauß oder Heisenberg, um nur zwei Namen zu nennen, die alten Sprachen sehr gut kannten. Die Zurückdrängung der Wertrationalität durch die Zweckrationalität wird nur beschleunigt, wenn die in den klassischen Kulturen erstmals gedachten Basisgehalte unserer Kultur einer immer kleineren Schar von Menschen noch präsent sind. Die Schule kann nicht den Zweck haben, zur Wertneutralität zu erziehen, wenn allein eine gewisse Homogenität in den Wertvorstellungen Zusammenleben und gar tatkräftiges gemeinsames Handeln ermöglicht.

Die Überfrachtung mit viel zu vielen, halbwayen, ephemeren, unwesentlichen Informationen ist ein weiteres Problem des modernen Schulsystems (wie allgemein der modernen Welt, die durch die geistige Umweltverschmutzung nicht minder bedroht ist als durch die natürliche), weil sie die Fähigkeit, Bedeutsames von Unbedeutendem zu scheiden, zerstört; und eine Intelligenz ist keine Intelligenz, wenn sie nicht zu selektieren und von Zahllosem zu abstrahieren weiß. Nicht minder falsch ist es, Jugendliche zu früh zu „kritischer Einstellung“ zu erziehen – ein so wichtiges Ziel diese auch ist. Aber damit es sich wirklich um sinnvolle Kritik handelt, haben die Schüler zunächst das zukünftige Objekt ihrer Kritik und Maßstäbe objektiver Kritik gründlich zu studieren.

Dringender Gegenstand geistig-politischer Neuorientierung muß die *Hochschulpolitik* sein. Während die amerikanischen Universitäten es schaffen, die intellektuellen Nachteile ihres Schulsystems (das dafür bewundernswerte soziale Integrationsfunktionen ausübt) spielend wieder wettzumachen, ist der Niedergang der deutschen Universität beängstigend. Das Inakzeptable an der deutschen Situation besteht darin, daß – zumal in den Geisteswissenschaften – weder Marktmechanismen noch eine Kontrolle von oben vorhanden sind, die eine sinnvollere Entwicklung steuern könnten.

Großzügige Selbstverwaltungsrechte der Universitäten sind doch wohl nur dann vertretbar, wenn Fehlentscheidungen von Sanktionen bedroht sind – wie der Unterbrechung des Zuflusses weiterer Gelder. Wenn aber zwischen den Universitäten keine Konkurrenz besteht, dann gibt es auf der Ebene des Eigeninteresses für eine mediokre Fakultät (und die Vermutung ist nicht unbegründet, daß in den letzten zwanzig Jahren sehr viele Plätze durch mediokre Individuen besetzt worden sind) kein Motiv, z. B. einen Kollegen zu berufen, der besser ist als der Durchschnitt der Fakultät. Die hohen Studentenzahlen, das starke Lehrdeputat erlauben einem akademischen Lehrer in der Bundesrepublik – anders als in den USA – ferner in der Regel nicht, zu Studenten den persönlichen Kontakt herzustellen, der erforderlich ist, um aus Ausbildung Bildung zu machen, um einen Einfluß auch auf die Persönlichkeitsentwicklung von Studenten zu haben. (Im konkreten persönlichen Vorbild liegt eine der wichtigsten Ursachen dafür, ob Ideale verhaltensprägend werden.) Die Attraktivität der amerikanischen Universitäten wird zunehmen und zur Abwanderung mancher junger deutschen Begabung führen, wenn es nicht gelingt, die Situation hier zu ändern.

Unvoreingenommen wird in diesem Zusammenhang auch über das Problem von *Hochbegabtenförderung*, *Eliten*, *Eliteuniversitäten* gesprochen werden müssen. Sosehr absolut zu verhindern ist, daß – wie ja durchaus in den USA – eine soziale Auslese den Zugang zu etwaigen Eliteuniversitäten mitbestimmt, sosehr eine Isolation Hochbegabter vom Rest der

Gesellschaft abzulehnen ist, sosehr muß doch auch anerkannt werden, daß Ausnahmebegabungen für ein Land ein Kapital sind, mit dem dieses – im Interesse des Gemeinwohls – zu wuchern hat: Es ist zu kostbar, als daß man zulassen könnte, daß es nicht zu voller Entfaltung gelangt. Arroganz und Dünkel von seiten Hochbegabter sind abscheulich, da aus dem unverdienten Geschenk größerer Begabung nur die Pflicht folgt, mehr aus den eigenen Fähigkeiten zu machen und mit ihnen besser der Allgemeinheit zu dienen – aber nicht minder abscheulich ist der blanke Neid, der sich ein moralisch-pseudodemokratisches Mäntelchen umhängt und sei es das Phänomen von Hochbegabung, sei es seine Relevanz für Gesellschaft und Staat bestreitet. Zur Lösung der Probleme der Gegenwart und der Zukunft ist auf die Mobilisierung aller schöpferischen Kräfte, aller Begabungen nicht zu verzichten – der stärkeren wie der schwächeren, die selbstverständlich ebenfalls ein Recht auf ihre Förderung haben.

Die *Außenpolitik* ist für jede politische Führung mit geistig-moralischen Ansprüchen ein besonders schwieriges und heikles Gebiet – um so wichtiger ist es, in diesem entscheidenden Felde der öffentlichen Meinung klare Kategorien zu vermitteln. Die Schwierigkeiten auf diesem Gebiet bestehen darin, daß einerseits für die Außenpolitik ebenso wie für die Innenpolitik zu gelten hat, daß moralische Kriterien zur Verfügung stehen müssen, um Ziele und Mittel (denn die Ziele heiligen nicht jedes Mittel) der Politik beurteilen zu können. Andererseits ist es die moralische Tragödie der Außenpolitik, daß bei dem tendenziellen Naturzustand zwischen den Staaten andere Handlungsweisen erlaubt, ja geboten sein können als dort, wo eine gemeinsame Autorität schon anerkannt ist – Mißtrauen, Lüge, Gewalt sind zu Recht moralisch zu verwerfen, können aber in der Außenpolitik nötig werden, gerade um einem Zustand vorzuarbeiten, in dem sie nicht mehr existieren sollen. Die eigentümliche Dialektik, die sich hier zeigt – daß an sich Schlechtes getan werden muß, um Schlechteres zu verhindern, um Besseres zu realisieren –, ist nur auf der Basis einer spekulativen Philosophie angemessen zu begreifen und ist sicher thoretisch wie im Hinblick auf seine Vermittlung das schwierigste Problem der Ethik und Moralphilosophie. Gerade in einer Zeit, in der die Leugnung absoluter Werte ebenso wie ein häufig unverbindlicher generischer Humanismus die Hauptideologien ausmachen, die zwar an sich inkompatibel sind, jedoch häufig unvermittelt nebeneinander stehen, ja bisweilen eine unheilige Allianz eingehen, bei der die erste die zweite instrumentalisiert, ist es von vitaler Bedeutung, machtpositivistischen Zynismus wie kindisch-blauäugiges Moralisieren in der Außenpolitik gleichermaßen zu bekämpfen.

Was aber ist das legitime Ziel jeder Außenpolitik? Die traditionelle Antwort hob auf die Vertretung der Interessen des eigenen Staates im in-

ternationalen Geflecht ab; es dürfte aber klar sein, daß diese Antwort heute als einseitig eingestuft werden muß. So wie im Fall der Umweltpolitik eine Erweiterung der Gemeinwohldefinition in der Zeit, so ist in der Außenpolitik eine Erweiterung der Gemeinwohldefinition im Raum unabdingbar. Dies erstens aus Gründen der Gerechtigkeit: Die Interessen der Bürger anderer Staaten sind ebenso berechtigt wie die der eigenen, und gerade auf der Stufe einer universalistischen Moral, wie sie durch die Universalreligionen in die Welt gekommen ist, kann die Absolutsetzung der Interessen des eigenen kontingenten staatlichen Gebildes auf Kosten anderer Menschen nicht mehr legitimiert werden. Zweitens aber ist es eines der Hauptmerkmale der Welt des 20. Jahrhunderts, daß auf außerstaatlichem, insbesondere wirtschaftlichem Gebiet eine internationale Verflechtung stattgefunden hat, der der Einzelstaat gerecht werden muß: Es ist gar nicht mehr möglich, im nationalen Alleingang die Existenzfragen des modernen Staates zu lösen. Das gilt etwa für den Umweltschutz: Nukleare Wolken machen nicht an Staatsgrenzen halt, die Vergiftung der Atmosphäre ist kein bloßes regionales Problem, die weitere Zerstörung der Amazonaswälder als der „Lunge der Menschheit“ betrifft nicht nur Brasilien. Aber auch wirtschaftlich ist heute kaum mehr ein Staat autark, und ohne eine stabile – und d. h. immer auch: gerechte – Weltwirtschaftsordnung ist eine langfristige Wirtschaftspolitik nicht möglich. Insbesondere sind die u. a. aus demographischen Gründen in unmittelbarer Zukunft weiter wachsenden Ungleichheiten zwischen der nördlichen und der südlichen Hemisphäre ein ungeheurer Instabilitätsfaktor in der Welt. Schon heute läßt sich sagen, daß der Nord-Süd-Konflikt für das Überleben der Menschheit wesentlich gefährlicher ist als der zwischen Ost und West. Wer nichts zu verlieren hat, wird leicht dazu bereit sein, sein Leben und dasjenige anderer aufs Spiel zu setzen. All dies macht die Entwicklung einer internationalen Verantwortungsgemeinschaft unerläßlich. Das Subjekt der Geschichte wird immer weniger der einzelne Staat, sondern – im Idealfall – die kooperierende Staatengemeinschaft sein. Allerdings ist klar, daß diese Staatengemeinschaft nur dann zusammenhalten wird, wenn institutionell starke Bande dasein werden, die *Sanktionen* gegen die zentrifugalen Kräfte ermöglichen, die, aus welchen Gründen auch immer (kurzsichtiges Eigeninteresse, fanatisierter Nationalismus usw.), sich der genannten Entwicklung entgegenstellen. Die Möglichkeit zu Sanktionen – die die Politik von der Moral unterscheidet – kann durch schöne Phrasen und gute Absichten nicht ersetzt werden. Und wer sich aus „moralischen“ Gründen gegen sie wendet, befördert de facto die zentrifugalen Kräfte in der Welt.

Vorstufen von so etwas wie einer Weltregierung werden natürlich nicht dadurch zustande kommen, daß in der UNO die einzelnen Staaten friedlich Souveränitätsrechte aufgeben – die kürzlich entkolonialisierten

Länder werden für die nächste Zeit den Nationalismus austoben, den sie von den Kolonialmächten als deren damalige Hauptideologie übernommen haben. Eine nüchterne Einschätzung der realen Machtverhältnisse läßt es vielmehr als weitaus denkbare erscheinen, daß die beiden Supermächte (bezeichnenderweise beide keine Nationalstaaten) jenseits aller ideologischen Unterschiede gemeinsame Anliegen erkennen und zusammen durchsetzen – weder die USA noch die Sowjetunion können ein rationales Interesse daran haben, daß etwa der internationale Terrorismus weiter eskaliert oder bestimmte Konflikte durch religiösen oder nationalistischen Fanatismus weiter angeheizt werden.

Vermutlich ist der Zeitpunkt nicht weit entfernt, da die Hauptgegensätze in der Außenpolitik nicht diejenigen zwischen USA und UdSSR sein werden, sondern zwischen denjenigen Kräften, die an einer langfristigen Kooperation zwischen beiden Supermächten interessiert sind, und denjenigen, die diese Zusammenarbeit torpedieren wollen. Für die europäischen Staaten besteht m. E. die Pflicht, eine sinnvolle Kooperation der Supermächte zu unterstützen (auch wenn dies kurz- und mittelfristig eine Beschneidung eigener Interessen bedeutet) – es geht nicht an, daß die Europäer die immer noch nicht verwundene Demütigung über die verlorene Weltmachtstellung in eine moralisch verbrämte Klage über den amerikanischen Imperialismus usf. umsetzen. (So ist es ein großer Irrtum, die Bekämpfung des Terrorismus nach traditionellen völkerrechtlichen Maßstäben zu beurteilen – gerade weil diese Maßstäbe zu einer Zeit entwickelt wurden, als es den Terrorismus noch nicht gab, da Kriege in ganz anderer Form noch möglich waren.) Wer eine gewisse wirtschaftliche und politische Macht hat, der hat auch die Pflicht, diese Macht dort einzusetzen, wo es *im Interesse der Weltgemeinschaft* erforderlich ist. Die Angst der Deutschen davor, Macht zu zeigen, ist zwar historisch gut erklärbar, aber sachlich schwerlich zu rechtfertigen.

Eine weitere Möglichkeit für eine Entwicklung in Richtung auf komplexere internationale Strukturen besteht in einem *Fortschreiten der europäischen Einigung*. Allerdings kann erstens zweifelhaft bleiben, ob die europäischen Völker noch über die politische Vitalität verfügen, die nötig ist, um eine solche Einheit herzustellen, und ist zweitens vor einem europäischen Supernationalismus zu warnen, der die weltpolitische Situation ungebührlich komplizieren könnte – schon in der Mechanik ist das Zweikörperproblem allgemein, das Dreikörperproblem nur unter bestimmten Voraussetzungen lösbar. *Potentiae non sunt multiplicandae praeter necessitatem.*

Klar ist jedenfalls, daß die europäische Einigung eines starken ideologischen Motors bedarf – so wie auch im 19. Jahrhundert die nationale Einigung Deutschlands und Italiens ohne eine geistige Grundlage (nicht: Überbau) nicht möglich gewesen wäre. Die regelmäßigen agrarpoliti-

schen Auseinandersetzungen sind nicht ausreichend, um die europäischen Völker für den Europagedanken zu begeistern. Naheliegend wäre in diesem Zusammenhang, auf das traditionelle Paradigma der Mitte zurückzugreifen: Europa – anders als die Sowjetunion – als rechtsstaatliche Demokratie, in die aber – anders als in den USA – starke sozialstaatliche Elemente integriert sind; Europa als das Land, in dem der extreme amerikanische Individualismus gebändigt ist, ohne daß doch das Prinzip der Freiheit deswegen aufhörte, Grundlage des politischen Systems zu sein; Europa als der Ort, in dem die abendländische Kultur entstanden ist und der sich um eine Synthese von Subjektivität und Intersubjektivität, von individueller Freiheit und als Selbstzweck erfahrener Gemeinschaft bemüht. Entscheidend wäre ferner ein größerer Einsatz für die *Dritte Welt* – ob eine Politik universalistische Ziele verfolgt, zeigt sich wesentlich daran, was sie zur Bekämpfung menschenunwürdiger Zustände in den ärmsten Gebieten der Welt beizutragen weiß.

Eine verantwortungsvolle Entwicklungspolitik seitens der wohlhabenden Staaten ist daher ein dringendes Desiderat und eine zentrale Legitimationsquelle politischen Handelns. Leider muß aber mit Nachdruck hervorgehoben werden, daß eine sinnvolle Entwicklungshilfe weitaus schwieriger ist, als von vielen moralisch sensiblen Menschen angenommen wird. Hilfe ist eine zweiseitige Angelegenheit, setzt also aufrichtige Bereitschaft, wirklich zu helfen (und nicht nur kurzfristig eigene Interessen zu verfolgen), ebenso voraus wie die Fähigkeit, eigene Gewohnheiten aufzugeben, die einem selbst schaden. Ihr Ziel muß ferner sein, sich selbst aufzuheben: Der Hilfsbedürftige soll zur Unabhängigkeit geführt werden, Hilfe muß daher primär auf Selbsthilfe zielen. Hilfe impliziert schließlich, wenn sie mehr als ad-hoc-Maßnahme sein will, Zusammenarbeit mit Institutionen. Eben hierin liegt aber das Problem: Wenn die Institutionen korrupt sind, wenn jahrhundertlang gewachsene Mentalitäten eine Entwicklung zu wirtschaftlich und politisch gesünderen Zuständen verhindern, dann wird Hilfe aus objektiven Gründen sehr schwierig, insofern sie u. U. gerade zur Stabilisierung jener Strukturen beitragen kann. In diesem Fall mag ein vorübergehender Abbruch *staatlicher* Entwicklungshilfe die einzige Lösung sein. Geldzufuhr alleine wird die Probleme der armen Länder nicht lösen können.

Sosehr es in der Entwicklung eines Menschen wie eines Staates auf Selbstbestimmung als Ziel ankommen muß und sosehr daher Fehler zuzugestehen sind, da die meisten nur aus ihnen lernen, sosehr ist ferner klar, daß die gegenwärtige Situation der Welt es nicht zuläßt, daß die Entwicklungsländer alle Fehler der europäischen Staaten wiederholen. Wenn begründete Zweifel daran bestehen, daß ein Entwicklungsland die eigenen Probleme lösen kann, sind daher Auflagen bei der Entwicklungshilfe von seiten des leistenden Staates – sofern sie langfristig im In-

teresse des empfangenden Staates sind – durchaus berechtigt, und die Politik sollte sich nicht irreführen lassen von jenem modischen Kulturrelativismus, der fremden Kulturen generisch andere Werte zubilligt. Auch wenn natürlich viele Werte kulturabhängig sind, auch wenn eine so hochstehende Staatsform wie die Demokratie einen gewissen Reifezustand des Volkes voraussetzt und daher nicht auf jeder Entwicklungsstufe sinnvoll sein muß, darf, ja muß doch der Maßstab elementarer Menschenrechte stets zugrunde gelegt werden, wo die Zumessung der Entwicklungshilfe zur Entscheidung ansteht. Barbarei sollte ohne falsche Scheu als Barbarei gegeißelt werden, auch wenn dies von den entsprechenden Regierungen als Einmischung in die inneren Angelegenheiten und von ihren hiesigen Fürsprechern als Neokolonialismus kritisiert werden wird. Allerdings ist zuzugeben, daß Kulturen, die wie die unsere von der Barbarei der Reflexion bedroht sind, von einfacheren Kulturen Dinge wie Vitalität, Realitätssinn und Opferbereitschaft lernen können und sollen.

Was das spezielle Problem eines *deutschen Selbstbewußtseins* angeht, dürfte es falsch sein, dieses primär als Nationalbewußtsein zu definieren. Die Schweiz und die USA zeigen, daß es sehr wohl möglich ist, Patriotismus – den Stolz auf und die Zuversicht in den eigenen Staat – nicht auf das Kontingente der gemeinsamen Sprache, sondern auf die gemeinsame Verfassung zu gründen, und hier, in der Aufklärung über die Vorzüge des eigenen politischen Systems, liegt sicher eine der sinnvollsten Möglichkeiten, überindividuelle Gemeinschaftsgefühle herzustellen. Sucht man darüber hinaus in der gemeinsamen Tradition und Kultur etwas spezifisch Deutsches, so sollte man dieses in der produktiven Verarbeitung von Einflüssen verschiedenster Richtungen, in der Fähigkeit zur Synthese erkennen – Goethe und Hegel, um zwei sehr große Deutsche zu nennen, war nationalstaatliche Abschottung wesensfremd, und mit der deutschen Kultur ist es abwärts gegangen, als sie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begann, sich durch Ausschluß von Fremdem zu definieren.

Die traditionelle geographische und kulturelle Mittellage Deutschlands hat in der Nachkriegszeit eine neue Dimension erhalten – Deutschland liegt unmittelbar auf beiden Seiten der Grenze zwischen den zwei ideologischen Hauptlagern der nördlichen Hemisphäre. Für die Bundesrepublik ergibt sich daraus die besondere Verantwortung, treu auf seiten des westlichen Bündnisses stehend (eine schwankende Außenpolitik der Bundesrepublik wünscht kein Vernünftiger, auch und gerade nicht in der Sowjetunion) sich doch gleichzeitig um Kenntnis und Verständnis der Menschen und Traditionen des anderen Teils Europas zu bemühen. Jedenfalls erwächst aus der Tatsache der deutschen Teilung den Deutschen der Bundesrepublik mehr als anderen westeuropäischen Völkern die

Aufgabe, Brücken zu Bürgern des Ostblocks zu schlagen – man kann nicht von einem Franzosen erwarten, daß er Warschau besucht, wenn Bürger der Bundesrepublik die Malediven besser als Thüringen kennen. Mehr wechselseitige Besuche, mehr Jugend- und Kulturaustausch sind erforderlich, wenn das Erbe der europäischen Kultur, der die Tragödie und die Symphonie, die Mathematik und die begründende Philosophie, die Rechtswissenschaft und die Demokratie zu verdanken sind, *als Ganzes* bewahrt und dem Gedächtnis kommender Generationen anvertraut werden soll, um von diesen produktiv weiterentwickelt zu werden.